



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 10. Sitzung, Amtsjahr 2005-2006

Mittwoch, den 7. Dezember 2005, um 09:00 Uhr

Vorsitz: *Bruno Mazzotti, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin

Abwesende:

7. Dezember 2005, 09:00 Uhr *Claudia Buess (SP), Lukas Labhardt (Bündnis), Martina Saner (SP), Rolf Stürm (FDP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP).*

7. Dezember 2005, 15:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Markus Benz (DSP), Claudia Buess (SP), Beat Jans (SP), Lukas Labhardt (Bündnis), Gabi Mächler (SP), Martina Saner (SP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP).*

7. Dezember 2005, 20:00 Uhr *Markus Benz (DSP), Hans Rudolf Brodbeck (FDP), Claudia Buess (SP), Felix Eymann (DSP), Irène Fischer (SP), Christophe Haller (FDP), Helmut Hersberger (FDP), Bernhard Madörin (SVP), Arthur Marti (FDP), Michael Martig (SP), Annemarie Pfeifer (VEW), Rolf von Aarburg (CVP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP), Ruth Widmer (SP), Peter Zinkernagel (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|--|---|
| 1. | Begrüssung und Genehmigung der Tagesordnung. | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte. | 3 |
| 3. | Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen. | 4 |
| 4. | Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Abbitte von Regierungsrat Jörg Schild, Kenntnisnahme und Gewährung des Rücktritts auf den 31. März 2006. | 4 |
| 5. | Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates zur Wahl einer Strafbefehlsrichterin für den Rest der laufenden Amtsdauer 2004 - 2009. | 4 |
| 6. | Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission. | 5 |

7.	Wahl von drei Mitgliedern in den neuen Verwaltungsrat der BVB.	5
8a.	Schreiben des Regierungsrates zum Politikplan 2006 - 2009.	7
22.	Neue Interpellationen.	10
8b.	Stellungnahme des Regierungsrates zu den laufenden Planungsaufträgen gemäss Politikplan 2006 - 2009.	12
8c.	Planungsanzüge 1 - 7	13
9.	Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zu einer Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB, SG 152.110) (Akkreditierung der Medienschaffenden und Zutritt zum Grossen Rat).	15
10.	Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Einsetzung einer Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung.	15
11.	Bericht der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates betreffend Partnerschaftliche Behandlung des Ratschlags betreffend Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz).	17
12.	Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Ratschlag betreffend Einführung einer Schuldenbremse.	17
13.	Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009.	19

1. Begrüssung und Genehmigung der Tagesordnung.

[07.12.05 09:05:24]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ich habe dem Fernsehen Nordwest 1 die Erlaubnis erteilt, heute und an den beiden Sitzungstagen der nächsten Woche im Ratssaal Bildaufnahmen zu machen.

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Tagesordnung zu **genehmigen**.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[07.12.05 09:06:00]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: teilt mit, dass folgende **Rücktritte** eingegangen sind:

- Eugen Fischer, Präsident Appellationsgericht auf Ende 2006
- Stephan Breitenmoser, Richter Appellationsgericht auf Ende 2006

Stellvertretung in einer Sachkommission

Fraktion Grünes Bündnis hat für Margrith von Felten bis zum 12. März 2006 eine Stellvertretung in die JSSK bestimmt (§ 56a GO GR). Die Stellvertretung wird durch **Sibel Arslan** wahrgenommen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) zu **genehmigen**.

Gleichzeitig **nimmt der Grosse Rat Kenntnis** von folgenden Geschäften:

- Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2004 (WSD;05.1782.01)
- Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005 (WSD;05.1435.01)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Rebgasse 1, Sonnensegel auf Allmend des Claraplatzes, Verleihungsbeschluss (Delegation an den Regierungsrat) (BD;05.1773.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Zentrums-Maut zur verbreiterten finanziellen Abstützung von städtischen Zentrumslasten (stehen lassen) (SiD;03.7730.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gabi Mächler und Konsorten für Teilzeitstellen bei den Gerichtspräsidien (stehen lassen) (JD;03.7620.02)
- Abbitte von Eugen Fischer als Präsident des Appellationsgerichts per 31. Dezember 2006 (auf den Tisch des Hauses) (05.8430.01)
- Abbitte von Stephan Breitenmoser als Richter des Appellationsgerichts per 31. Dezember 2006 (auf den Tisch des Hauses) (05.8431.01)
- Abbitte von Margrith von Felten als Präsidentin des Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) per sofort (auf den Tisch des Hauses) (05.8432.01)

- Mitteilung des Appellationsgerichts betreffend Eingang der Einsprache der „Zürich“ Lebensversicherungs-Gesellschaft gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 19. Oktober 2005 betreffend Einsprache Gerold Wunderle gegen die Änderung des Bebauungsplans für das Gebiet Messeplatz / Rosentalstrasse / Mattenstrasse (auf den Tisch des Hauses) (05.8437.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Kein Vortritt – statt STOP (05.8303.02)
- Schreiben des Regierungsrates 05.8254.02 zur Kleinen Anfrage Dominique König-Lüdin betreffend Einführung des Gegenverkehrs für Velofahrer im Fussgängertunnel Gellertstrasse.

3. Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.

[07.12.05 09:07:08, JD, 05.1644.01 / 05.1734.01]

Der Regierungsrat beantragt mit Schreiben 05.1644.01 insgesamt 25 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht, unter gleichzeitiger Verleihung der Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Der Regierungsrat beantragt mit Schreiben 05.1734.01 insgesamt 9 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht, unter gleichzeitiger Verleihung der Aufnahme in das Bürgerrecht der Gemeinde Riehen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

4. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Abbitte von Regierungsrat Jörg Schild, Kenntnisnahme und Gewährung des Rücktritts auf den 31. März 2006.

[07.12.05 09:07:57, Büro, 05.8429.02]

Das Büro des Grossen Rates beantragt dem Grossen Rat, auf den Bericht einzutreten und Herrn Regierungsrat Jörg Schild den Rücktritt per 31. März 2006 zu gewähren.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von der Abbitte von Jörg Schild als Mitglied des Regierungsrates auf den 31. März 2006.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, dem Begehren um Rücktritt auf den 31. März 2006 **stattzugeben**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates zur Wahl einer Strafbefehlsrichterin für den Rest der laufenden Amtsdauer 2004 - 2009.

[07.12.05 09:09:06, WVKo, 05.8334.02]

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt dem Grossen Rat, auf den Bericht einzutreten, den vorzeitigen Rücktritt von Herrn Dr. iur. Philippe Weissenberger zu genehmigen und an seiner Stelle Frau lic. iur. Doris Hengge Weber als Strafbefehlsrichterin (25 Prozent) für den Rest der laufenden Amtsperiode (2004 – 2009) zu wählen.

Voten: *Stephan Maurer, Präsident der Wahlvorbereitungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme

1. Der vorzeitige Rücktritt von Dr. iur. Philippe Weissenberger als Strafbefehlsrichter im Sinne von § 81a. Abs. 2 des Gerichtsorganisationsgesetzes wird genehmigt.
2. Anstelle des zurückgetretenen Dr. Philippe Weissenberger wird als Strafbefehlsrichterin (25 Prozent) für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2009 **gewählt**:
lic. iur. **Doris Hengge Weber**, geb. 1959, Thiersteinerallee 132, 4059 Basel.
3. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

[07.12.05 09:12:32]

Die SP-Fraktion nominiert **Ernst Jost** (SP) als Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahl offen durchzuführen.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Ernst Jost** zum Präsidenten der Justiz-, Sicherheits-, und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Wahl von drei Mitgliedern in den neuen Verwaltungsrat der BVB.

[07.12.05 09:13:25]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Für die Wahl der drei Mitglieder des Verwaltungsrates vorgeschlagen wurden:

Rolf Keller, Michael Wüthrich, Helmut Hersberger, Thomas Mall, Lukas Stutz, Bernhard Madörin, Stephan Maurer und Christoph Wydler.

Da mehr Wahlvorschläge eingereicht wurden, als Mitglieder zu wählen sind, findet gemäss § 26 der Geschäftsordnung eine geheime Wahl statt.

Ich beantrage Ihnen, folgende Damen und Herren als Wahlbüro zu bezeichnen:

Hans Peter Wessels (SP, Vorsitz), Oswald Inglin (CVP, Sektoren I und V), Conradin Cramer (LDP, Sektor II), Esther Weber (SP, Sektor III) und Karin Häberli (Grünes Bündnis, Sektor IV).

Der Rat ist einverstanden.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

[07.12.05 09:59:28]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ergebnis des ersten Wahlgangs:

Ausgeteilte Wahlzettel	120
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	120
Gültige Stimmen	360
Absolutes Mehr	61

Stimmen haben erhalten:

<i>Rolf Keller</i>	59
<i>Michael Wüthrich</i>	55
<i>Helmut Hersberger</i>	25
<i>Lukas Stutz</i>	25
<i>Bernhard Madörin</i>	25
<i>Thomas Mall</i>	15
<i>Christoph Wydler</i>	8
<i>Stephan Maurer</i>	7
Vereinzelte	23
Leere Stimmen	118

Eine Wahl ist nicht zustande gekommen. Es findet sofort ein zweiter Wahlgang statt.

[07.12.05 10:33:51]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ergebnis des zweiten Wahlgangs:

Ausgeteilte Wahlzettel	118
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	118
Gültige Stimmen	354
Absolutes Mehr	60

Gewählt sind:

<i>Rolf Keller</i>	71
<i>Michael Wüthrich</i>	66

Stimmen haben erhalten:

<i>Lukas Stutz</i>	54
<i>Helmut Hersberger</i>	28

<i>Bernhard Madörin</i>	22
<i>Thomas Mall</i>	13
<i>Christoph Wydler</i>	8
<i>Stephan Maurer</i>	8
Vereinzelte	19
Leere Stimmen	66

Für den dritten Sitz findet sofort ein dritter Wahlgang statt. Dabei gilt das relative Mehr.

[07.12.05 10:58:03]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ergebnis des dritten Wahlgangs:

Ausgeteilte Wahlzettel	120
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	120

Gewählt ist:

Lukas Stutz 62

Stimmen haben erhalten:

<i>Helmut Hersberger</i>	21
<i>Bernhard Madörin</i>	16
<i>Thomas Mall</i>	10
<i>Christoph Wydler</i>	5
<i>Stephan Maurer</i>	5
Vereinzelte	1
Leere Wahlzettel	0

Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder des Verwaltungsrates der Basler Verkehrsbetriebe für die Amtsdauer vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2009:

Rolf Keller

Michael Wüthrich

Lukas Stutz

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Mitteilung

Beat Jans wurde am 12. November Vater einer Tochter namens Zoe Maja Joy und spendiert heute den Kaffee.

[Applaus].

8a. Schreiben des Regierungsrates zum Politikplan 2006 - 2009.

[07.12.05 09:20:59, 05.1070.01]

Der Regierungsrat beantragt, den Politikplan zur Kenntnis zu nehmen und die sieben Planungsschwerpunkte zu genehmigen.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: gibt den Ablauf der Debatte bekannt.

Voten: *Regierungspräsident Ralph Lewin; Angelika Zanolari (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Daniel Stolz (FDP); Dieter Stohrer (VEW); Anita Lachenmeier (Grünes Bündnis); Lukas Engelberger (CVP); Stephan Maurer (DSP); Christine Keller (SP); Kurt Bachmann (SVP); Patrick Hafner (SVP); Ernst Jost (SP); Maria Berger (SP); Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis); Kurt Bachmann (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, auf den Politikplan **einzutreten**.

Detailberatung

Voten: *Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission; Philippe-Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; Hermann Amstad, Präsident der Regiokommission*

Baudepartement

Voten: *Brigitta Gerber (Grünes Bündnis)*

Erziehungsdepartement

Voten: *Katharina Herzog (SP); Rolf Häring (Grünes Bündnis); Martin Lüchinger (SP); Roland Stark (SP); Rolf Häring (Grünes Bündnis); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Justizdepartement

Keine Wortmeldungen

Sicherheitsdepartement

Keine Wortmeldungen

Gesundheitsdepartement

Keine Wortmeldungen

Wirtschafts- und Sozialdepartement

Voten: *Jörg Vitelli (SP); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Finanzdepartement

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Bereinigung der Schwerpunkte

Voten: *Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis)*

3.1 Stadtentwicklung Basel-Nord (bisher): keine Wortmeldungen.

3.2 Innenstadt – Qualität im Zentrum (neu): keine Wortmeldungen.

3.3 Stadtwohnen (neu): keine Wortmeldungen.

3.4 Bildungswege in der Volksschule (bisher): keine Wortmeldungen.

3.5 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit (neu): keine Wortmeldungen.

3.6 Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene (neu): keine Wortmeldungen.

3.7 Nachhaltige Finanzpolitik (neu): keine Wortmeldungen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 67 gegen 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen :

1. Der Politikplan 2006 – 2009 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die folgenden Schwerpunkte und deren Ziele werden beschlossen:
 - 3.1 Stadtentwicklung Basel-Nord (bisher)
 - 3.2 Innenstadt – Qualität im Zentrum (neu)
 - 3.3 Stadtwohnen (neu)
 - 3.4 Bildungswege in der Volksschule (bisher)
 - 3.5 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit (neu)
 - 3.6 Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene (neu)
 - 3.7 Nachhaltige Finanzpolitik (neu)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Sitzungsunterbruch um 12.00 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 7. Dezember 2005, 1500 Uhr

22. Neue Interpellationen.

Interpellation Nr. 83 Philippe Pierre Macherel betreffend personeller Probleme in der Abteilung Sucht. 2. Auflage

[07.12.05 15:05:41, GD, 05.8433.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Philippe Pierre Macherel (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 05.8433 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 84 Andreas Ungricht zu gewaltbereiten Jugendgruppen auf dem Kasernenareal während der Herbstmesse

[07.12.05 15:12:37, SiD, 05.8440.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Jörg Schild, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Andreas Ungricht (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 05.8440 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 85 Beatrice Alder Finzen betreffend Beitrag an die Sanierung der Wasserfallenbahn

[07.12.05 15:17:35, WSD, 05.8441.01]

Interpellation Nr. 86 Hansjörg Wirz betreffend: Basel-Stadt stiftet 1 Million Franken an die Sanierung der Wasserfallenbahn - und wie dies finanziert werden kann

[07.12.05 15:17:35, WSD, 05.8442.01]

Die Interpellationen 85 und 86 werden sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Jörg Schild, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin Beatrice Alder erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 05.8441 ist **erledigt**.

Voten: *Hansjörg M. Wirz (DSP)*

Der Interpellant Hansjörg Wirz erklärt sich von der Antwort höchst befriedigt.

Die Interpellation 05.8442 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 87 Claudia Buess betreffend Massnahmen des Gesundheitsdepartements zum Umgang mit häuslicher Gewalt

[07.12.05 15:25:01, GD, 05.8443.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 88 Patrick Hafner betreffend Lärm in Basel - im Privatbereich, durch das Gewerbe in Wohngebieten, durch Baustellen im Wohngebieten

[07.12.05 15:25:14, BD, 05.8445.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

Interpellation Nr. 89 Baschi Dürr betreffend Steuerung von Basel ins Jahr 2020

[07.12.05 15:27:16, WSD, 05.8448.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Regierungspräsident Ralph Lewin; Baschi Dürr (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 05.8448 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 90 Kurt Bachmann betreffend erhöhter Infiltrationsgefahr krimineller Elemente - Wird «Basel bald grenzenlos Kriminell» - was meint die Regierung?

[07.12.05 15:34:05, SiD, 05.8450.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Kurt Bachmann (SVP)*

Interpellation Nr. 91 Michael Wüthrich betreffend der Folgen eines Bundesgerichtsurteils vom März 2005 auf die Baubewilligungspraxis von Mobilfunkanlagen

[07.12.05 15:39:01, BD, 05.8451.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 05.8451 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 92 Heidi Mück betreffend Umsetzung der flankierenden Massnahmen (Bilaterale II)

[07.12.05 15:47:22, WSD, 05.8452.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 05.8452 ist **erledigt**.

8b. Stellungnahme des Regierungsrates zu den laufenden Planungsaufträgen gemäss Politikplan 2006 - 2009.

[07.12.05 15:52:19, 02.7090.06 / 02.7324.04]

Der Regierungsrat beantragt

1. den Planungsauftrag Nr. 04 der Reform-, der Geschäftsprüfungs- und der Finanzkommission betreffend zur Ergänzung des Politikplans mit Indikatoren und Kennzahlen, die sich fürs „Politikcontrolling“ eignen, als erledigt abzuschreiben;
2. den Planungsauftrag Nr. 27 von Giovanni Orsini zur Schaffung von Pflegeplätzen für schwerst behinderte junge Menschen in Basel-Stadt stehen zu lassen.

Baschi Dürr (FDP): beantragt namens der FDP-Fraktion, den Planungsauftrag Nr. 04 **stehen zu lassen**.

Voten: *Daniel Wunderlin (SP); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 70 zu 18 Stimmen, den Planungsauftrag Nr. 04 (02.7090) als **erledigt** abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Planungsauftrag Nr. 27 (02.7324) **stehen zu lassen**.

8c. Planungsanzüge 1 - 7

Planungsanzug Nr. 1 Lorenz Nägelin betreffend rauchfreie kantonale Gebäude des Kantons Basel-Stadt und Anrecht auf einen Nichtraucherarbeitsplatz in den kantonalen Betrieben

[07.12.05 16:05:50, GD, 05.8413.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8413 entgegenzunehmen.

Baschi Dürr (FDP): stellt den Antrag, den Planungsanzug abzulehnen.

Voten: *Annemarie Pfister (Grünes Bündnis)*; *Andrea Bollinger (SP)*; *Lorenz Nägelin (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 54 gegen 28 Stimmen, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsanzug Nr. 2 Helmut Hersberger und Konsorten betreffend Zukunftsplanung der Pensionskasse

[07.12.05 16:17:48, FD, 05.8416.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8416 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsanzug Nr. 3 Christian Egeler und Konsorten betreffend "Langfristiges Energiekonzept"

[07.12.05 16:17:54, BD, 05.8417.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8417 entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): stellt den Antrag, den Planungsanzug abzulehnen.

Voten: *Helmut Hersberger (FDP)*; *Christian Egeler (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 70 gegen 15 Stimmen, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsantrag Nr. 4 Roland Vögtli und Konsorten betreffend Planung in den Quartieren

[07.12.05 16:27:18, BD, 05.8418.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsantrag 05.8418 entgegenzunehmen.

Karin Haeblerli Leugger (Grünes Bündnis): stellt den Antrag, den Planungsantrag abzulehnen.

Voten: *Thomas Baerlocher (SP)*; *Roland Vögtli (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 45 gegen 14 Stimmen, den Planungsantrag an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsantrag Nr. 5 Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 6.4 "Öffentlicher Verkehr" des Politikplans 2006-2009

[07.12.05 16:37:22, WSD, 05.8422.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsantrag 05.8422 entgegenzunehmen.

Helmut Hersberger (FDP): stellt den Antrag, den Planungsantrag abzulehnen.

Voten: *Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis)*; *Annemarie Pfeifer (VEW)*; *Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 54 gegen 39 Stimmen, den Planungsantrag an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsantrag Nr. 6 Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 1.5 "Umwelt und Energie" des Politikplans 2006-2009

[07.12.05 16:47:46, BD, 05.8423.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsantrag 05.8423 entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): stellt den Antrag, den Planungsantrag abzulehnen.

Voten: *Eveline Rommerskirchen (Grünes Bündnis)*; *Christian Egeler (FDP)*; *Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 41 Stimmen, den Planungsantrag an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsantrag Nr. 7 Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend "Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung"

[07.12.05 17:02:13, ED, 05.8424.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsantrag 05.8424 entgegenzunehmen.

Oswald Inglin (CVP): stellt den Antrag, den Planungsantrag abzulehnen.

Voten: *Rolf Häring (Grünes Bündnis)*; *Emmanuel Ullmann (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 22 Stimmen, den Planungsantrag an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

9. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zu einer Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB, SG 152.110) (Akkreditierung der Medienschaffenden und Zutritt zum Grossen Rat).

[07.12.05 17:09:36, Büro, 05.8376.01]

Das Büro beantragt, auf den Bericht einzutreten und § 13 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 24. März 1988 zu revidieren.

Voten: *Roland Stark, Referent des Büros*; *Patrick Hafner (SVP)*

Thomas Baerlocher (SP): beantragt, auf den Bericht des Büros **nicht einzutreten**.

Voten: *Roland Stark, Referent des Büros*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 61 gegen 34 auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 33 Stimmen:

I.

Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB) vom 24. März 1988 werden gemäss Anhang C geändert.

II.

Diese Änderung ist zu publizieren; sie wird sofort wirksam.

10. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Einsetzung einer Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung.

[07.12.05 17:36:06, Büro, 05.8414.01]

Das Büro beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Bildung einer Spezialkommission mit neun Mitgliedern für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung gutzuheissen. Die von der regulären Grösse von 15 Mitgliedern abweichende Mitgliederzahl bedarf gemäss § 42 Abs. 2 GO der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder.

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt eine Spezialkommission von 15 Mitgliedern einzusetzen.

Voten: *Roland Stark, Referent des Büros; Urs Müller (Grünes Bündnis); Michael Martig (SP); Annemarie von Bidder (VEW); Hansjörg M. Wirz (DSP); RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Roland Stark, Referent des Büros*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Abstimmung

für den Antrag des Büros (9 Kommissionsmitglieder) stimmen 78 Mitglieder,

für den Antrag der Fraktion Grünes Bündnis (15 Kommissionsmitglieder) stimmen 12 Mitglieder.

Die erforderliche Zweidrittelmehrheit (Quorum: 60) für den Antrag des Büros ist zustandegekommen.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig:

I.

Es wird eine Spezialkommission im Sinne von § 42 der Geschäftsordnung des Grossen Rates eingesetzt, welche den Auftrag hat, die Umsetzung der den Grossen Rat betreffenden Verfassungsbestimmungen in gesetzgeberischer Hinsicht vorzubereiten und dem Grossen Rat rechtzeitig vor Inkrafttreten der neuen Verfassung Änderungen der Organisationsnormen des Grossen Rates zu beantragen. Der Rat kann der Kommission weitere Aufgaben im Zusammenhang mit der neuen Verfassung zuweisen.

II.

Die Spezialkommission umfasst 9 Mitglieder.

III.

Das Büro wird beauftragt, umgehend die Spezialkommission zu bestellen und das Präsidium zu bestimmen.

IV.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Sitzungsunterbruch: 18:02 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 20:00 Uhr

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: ich gebe Ihnen die Zusammensetzung der Spezialkommission zur Behandlung der Vorlagen für die neue Verfassung bekannt (Beschluss des Büros vom 7. Dezember 2005):

Präsident: Lukas Engelberger (CVP)
Mitglieder: Andreas Burckhardt (LDP)
Talha Ugur Camlibel (SP)
Anita Heer (SP)
Bruno Mazzotti (FDP)
Stephan Maurer (DSP)
Roland Stark (SP)
Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis)
Angelika Zanolari (SVP)

11. Bericht der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates betreffend Partnerschaftliche Behandlung des Ratschlags betreffend Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz).

[07.12.05 20:05:36, JSSK, SiD, 04.1309.02]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und die partnerschaftliche Behandlung des Ratschlags zum neuen Integrationsgesetz gutzuheissen.

Voten: *Ernst Jost, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; Sibel Arslan (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig:

Der Ratschlag betreffend Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz) vom 21. Juni 2005 (04.1309.01) wird im Sinne von § 7 der Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden vom 17. / 22. Februar 1977 als partnerschaftliches Geschäft mit dem Landrat behandelt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Ratschlag betreffend Einführung einer Schuldenbremse.

[07.12.05 20:13:00, FKom, FD, 03.0155.02]

Die Finanzkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Einführung einer Schuldenbremse gutzuheissen.

Die LDP-Fraktion beantragt, die Schuldenbremse gemäss dem Vorschlag des Regierungsrates zu beschliessen.

Voten: *Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); Patrick Hafner (SVP)*

Martin Hug (LDP): beantragt, die Detailberatung anhand dem Ratschlag des Regierungsrates durchzuführen.

Voten: *Beat Jans (SP); Annemarie von Bidder (VEW); Daniel Stolz (FDP); Fernand Gerspach (CVP); Stephan Maurer (DSP); Susanna Banderet (SP); Andreas C. Albrecht (LDP); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); Beat Jans (SP); Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen, für die Detailberatung dem Antrag der Kommission zu folgen.

Detailberatung

§ 4 Abs.1

Die Finanzkommission beantragt folgende Fassung:

Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als **7,5 Promille** betragen.

Die Fraktion der LDP beantragt folgende Fassung:

Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als **7 Promille** betragen

Voten: *Conradin Cramer (LDP); Patrick Hafner (SVP); Baschi Dürr (FDP); Susanna Banderet (SP); Sebastian Frehner (SVP); Daniel Wunderlin (SP); Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Namensaufruf mit 95 gegen 12 Stimmen, dem Antrag der Kommission (7,5 Promille) zu folgen.

Für den Antrag der Kommission stimmten: (95): *Andreas Albrecht (LDP), Beatrice Alder (Bündnis), Hermann Amstad (SP), Sibel Arslan (Bündnis), Mustafa Atici (SP), Kurt Bachmann (SVP), Susanna Banderet (SP), Hans Baumgartner (SP), Sibylle Benz (SP), Maria Berger (SP), Patrizia Bernasconi (Bündnis), Andrea Bollinger (SP), Ugur Camlibel (SP), Toni Casagrande (SVP), Baschi Dürr (FDP), Stephan Ebner (CVP), Christian Egeler (FDP), Lukas Engelberger (CVP), Roland Engeler (SP), Sebastian Frehner (SVP), Tommy Frey (SP), Hanspeter Gass (FDP), Stephan Gassmann (CVP), Brigitta Gerber (Bündnis), Fernand Gerspach (CVP), Jan Goepfert (SP), Thomas Grossenbacher (Bündnis), Karin Haerberli (Bündnis), Rolf Häring (Bündnis), Anita Heer (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Oskar Herzig (SVP), Katharina Herzog (SP), Christine Heuss (FDP), Brigitte Hollinger (SP), Oswald Inglin (CVP), Beat Jans (SP), Urs Joerg (VEW), Ernst Jost (SP), Hasan Kanber (SP), Christine Keller (SP), Dominique König (SP), Tino Krattiger (SP), Lukas Labhardt (Bündnis), Anita Lachenmeier (Bündnis), Christine Locher (FDP), Martin Lüchinger (SP), Michel-Remo Lussana (SVP), Hans Rudolf Lüthi (DSP), Philippe Macherel (SP), Gabi Mächler (SP), Peter Malama (FDP), Pius Marrer (CVP), Michael Martig (SP), Stephan Maurer (DSP), Heidi Mück (Bündnis), Urs Müller (Bündnis), Ernst Mutschler (FDP), Lorenz Nägelin (SVP), Giovanni Nanni (FDP), Gülsen Oeztürk (SP), Annemarie Pfister (Bündnis), Markus G. Ritter (FDP), Eveline Rommerskirchen (Bündnis), Paul Roniger (CVP),*

Marcel Rünzi (CVP), Eduard Rutschmann (SVP), Martina Saner (SP), Tobit Schäfer (SP), Helen Schai (CVP), Francisca Schiess (SP), Sibylle Schürch (SP), Urs Schweizer (FDP), Noëmi Sibold (SP), Jürg Stöcklin (Bündnis), Dieter Stohrer (VEW), Daniel Stolz (FDP), Brigitte Strondl (SP), Rolf Stürm (FDP), Bruno Suter (SP), Sabine Suter (SP), Joël Thüring (SVP), Gisela Traub (SP), Andreas Ungricht (SVP), Jörg Vitelli (SP), Roland Vöggtli (FDP), Annemarie von Bidder (VEW), Esther Weber (SP), André Weissen (CVP), Hans-Peter Wessels (SP), Richard Widmer (VEW), Hansjörg Wirz (DSP), Daniel Wunderlin (SP), Michael Wüthrich (Bündnis), Christoph Zuber (DSP).

Für den Antrag der LDP-Fraktion stimmten: (12): *Claude François Beranek (LDP), Désirée Braun (SVP), Andreas Burckhardt (LDP), Edith Buxtorf (LDP), Conradin Cramer (LDP), Hans Egli (SVP), Patrick Hafner (SVP), Martin Hug (LDP), Thomas Mall (LDP), Theo Seckinger (LDP), Donald Stückelberger (LDP), Christine Wirz (LDP).*

Abwesend (21): *Thomas Baerlocher (SP), Markus Benz (DSP), Hans Rudolf Brodbeck (FDP), Claudia Buess (SP), Felix Eymann (DSP), Irène Fischer (SP), Doris Gysin (SP), Christophe Haller (FDP), Helmut Hersberger (FDP), Bernhard Madörin (SVP), Arthur Marti (FDP), Annemarie Pfeifer (VEW), Matthias Schmutz (VEW), Roland Stark (SP), Emmanuel Ullmann (FDP), Rolf von Aarburg (CVP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP), Ruth Widmer (SP), Angelika Zanolari (SVP), Peter Zinkernagel (LDP)..*

Nicht gestimmt hat: *Bruno Mazzotti (Grossratspräsident).*

Die Fraktion der LDP beantragt § 4 Abs. 3 (neu) folgende Fassung:

Liegt die Nettoschuldenquote im Vorjahr unter dem zulässigen Wert gemäss Absatz 1, darf die Budgetvorgabe für den Ordentlichen Nettoaufwand gegenüber der Budgetvorgabe für das laufende Jahr um höchstens die Novemberteuerung des laufenden Jahres zuzüglich des realen Trendwachstums des BIP wachsen.

Der bisherige Absatz 3 des Vorschlages der Finanzkommission wird neu Abs. 4; der bisherige Absatz 4 wird neu Abs. 5.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, den Antrag der LDP-Fraktion abzulehnen.

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt:

§ 4 Abs. 5 FHG (neu):

Liegt die Nettoschuldenquote über dem zulässigen Wert gemäss § 4 Abs. 1, dürfen im folgenden Jahr Steuersenkungen durch Änderung der Steuertarife, Steuersätze oder Steuerfüsse für die Berechnung der Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- oder Kapitalsteuer nur mit einem absoluten Mehr aller Ratsmitglieder beschlossen werden.

sowie § 24 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (neu):

Für Steuersenkungen gemäss § 4 Abs. 5 des FHG bedarf es einer absoluten Mehrheit aller Ratsmitglieder.

Voten: *Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen, den Antrag der Fraktion Grünes Bündnis abzulehnen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 82 gegen 1 Stimmen bei 18 Enthaltungen unter Verzicht auf eine zweite Lesung das Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz) vom 16. April 1997 gemäss Beilage C zu ändern.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit, wobei die Änderung spätestens für das Budget 2007 wirksam werden muss.

13. Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009.

[07.12.05 21:48:55, WAK, WSD, 04.2117.01]

Der Regierungsrat und die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und für die Jahre 2006-2009 einen nicht indexierten Betriebsbeitrag von CHF 1'840'000 zu bewilligen.

Die SP Fraktion beantragt, für die Jahre 2006-2009 einen nicht indexierten Betriebsbeitrag von CHF 1'841'000 zu bewilligen.

Voten: *Fernand Gerspach, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Mitteilung

Der Präsident gibt den Hinschied von Grossrätin Bernadette Herzog bekannt.

Der Rat erhebt sich zum Andenken an die Verstorbene.

Schluss der Sitzung: 22:02 Uhr

Basel, 7. Dezember 2005

Bruno Mazzotti
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen	Komm.	Dep.	Dokument
1. Planungsanträge:			
a) Lorenz Nägelin betreffend rauchfreie kantonale Gebäude des Kantons Basel-Stadt und Anrecht auf einen Nichtraucherarbeitsplatz in den kantonalen Betrieben;			05.8413.01
b) Planungsantrag Helmut Hersberger und Konsorten betreffend Zukunftsplanung der Pensionskasse;			05.8416.01
c) Planungsantrag Christian Egeler und Konsorten betreffend "Langfristiges Energiekonzept";			05.8417.01
d) Planungsantrag Roland Vöggtli und Konsorten betreffend Planung in den Quartieren.			05.8418.01
e) Planungsantrag Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 6.4 „Öffentlicher Verkehr“ des Politikplans 2006-2009.			05.8422.01
f) Planungsantrag Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 1.5 „Umwelt und Energie“ des Politikplans 2006-2009.			05.8423.01
g) Planungsantrag Emmanuel Ullmann und Konsorten „Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung“.			05.8424.01
2. Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Ratschlag betreffend Einführung einer Schuldenbremse.	FKom	FD	03.0155.02
3. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Einsetzung einer Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung.	Büro		05.8414.01
4. Bericht der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates betreffend Partnerschaftliche Behandlung des Ratschlags betreffend Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz).	JSSK	SiD	04.1309.02
5. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Abbitte von Regierungsrat Jörg Schild, Kenntnisnahme und Gewährung des Rücktritts auf den 31. März 2006.	Büro		05.8429.02
6. Ratschlag betreffend Betriebsbeiträge an den Basler Frauenverein am Heuberg für die Frauenberatungsstelle BFV für die Betriebsjahre 2006 bis 2009.	BKK	JD	05.0459.01
7. Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge an die "Robi-Spiel-Aktionen", Basel-Stadt, Verein der Pro Juventute Basel-Stadt und der GGG Basel für die Betriebsjahre 2006 und 2007.	BKK	JD	05.0798.01
8. Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an den Verein "Haus für Kinder und Eltern" für den Betrieb der "Spielwerkstatt Kleinhüningen" für die Betriebsjahre 2006 und 2007.	BKK	JD	05.0798.02
9. Ratschlag betreffend Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gegenseitige Abgeltung der Kosten für die nicht akademischen Ausbildungen im Gesundheitswesen (Vertrag Gesundheitsberufe) <i>Partnerschaftliches Geschäft</i> .	BKK	ED	04.0977.01
10. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates zum ÖV-Programm 2006 - 2009.	UVEK	WSD	05.1577.02
11. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Globalbudget der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2006.	BKK	ED	05.8434.01
12. Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2006.	FKom		05.8264.02
13. Schreiben des Regierungsrates betreffend Rückzug des Ausgabenberichts betreffend Kredit für einen Investitionsbeitrag an die Trambeschaffung BLT/BVB.	UVEK	WSD	05.0457.02

Überweisung an Oberaufsichtskommissionen

- | | | | |
|---|-------------|-----|------------|
| 14. Ausgabenbericht betreffend die Benutzung der Schiessanlage Lachmatt in Muttenz und Pratteln an Stelle des Schiessplatzes Allschwilerweiher durch die Basler Schützen. | Fkom | SiD | 05.1828.01 |
|---|-------------|-----|------------|

Überweisung an Sachkommissionen

- | | | | |
|--|-------------|-----|------------|
| 15. Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an die Medizinische Gesellschaft Basel für den Betrieb der Medizinischen Notrufzentrale in den Jahren 2006 bis 2008. | GSK | GD | 05.0864.01 |
| 16. Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge 2006 bis 2008 an den Verein HELP! For Families zur Führung des Angebots Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF). | BKK | JD | 05.0981.01 |
| 17. Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an den Verein für Suchtprävention für die Jahre 2006 bis 2008. | GSK | GD | 05.1034.01 |
| 18. Ausgabenbericht betreffend Kredit für die Umsetzung der technischen Massnahmen im Rahmen des Projektes "Umsetzung der ISV". | JSSK | SiD | 03.1356.01 |
| 19. Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an das Tageshaus Wallstrasse der Stiftung für Sucht- und Jugendprobleme für die Jahre 2006 bis 2008. | GSK | GD | 05.1330.01 |
| 20. Ausgabenbericht betreffend Subventionen an das Basler Kurszentrum für Menschen aus fünf Kontinenten K5 für die Jahre 2006 bis 2010. | BKK | WSD | 05.1231.01 |
| 21. Ratschlag und Entwurf zu Änderungen des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) und zu Änderungen der Strafprozessordnung (Schaffung einer neunten Strafgerichts-präsidiumsstelle mit flankierenden Massnahmen zur Entlastung der Strafjustiz des Kantons Basel-Stadt). | JSSK | JD | 05.1795.01 |

Überweisung an Kommissionen mit besonderen Aufgaben

- | | | | |
|---|--------------|--|------------|
| 22. Petition P229 Rettet den Dittingerwald! | PetKo | | 05.8439.01 |
|---|--------------|--|------------|

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

- | | | | |
|---|--|--|------------|
| 23. Anzüge: | | | |
| a) Martina Saner und Konsorten betreffend Übersicht und Massnahmeplanung zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit; | | | 05.8419.01 |
| b) Gabi Mächler und Konsorten betreffend Joint Venture für Arbeit: auch Wirtschaft muss ein Interesse an neuen Arbeitsplätzen für Sozialhilfe-bezügerInnen haben; | | | 05.8410.01 |
| c) Christine Keller und Konsorten betreffend Pilotprojekt „Sabbatical“; | | | 05.8421.01 |
| d) Roland Engeler und Konsorten betreffend Entlastung der Gemeinde Riehen vom Durchgangsverkehr; | | | 05.8425.01 |
| e) Heidi Mück und Konsorten betreffend Einrichtung eines „Teagesbetreuungs-rats“; | | | 05.8426.01 |
| f) Andrea Bollinger und Konsorten betreffend Erweiterung der Stellvertretungs-möglichkeiten in Grossratskommissionen; | | | 05.8427.01 |
| g) Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Förderung von grossem Wohnraum; | | | 05.8428.01 |

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|--|-----|------------|
| 24. | Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2004. | WSD | 05.1782.01 |
| 25. | Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005. | WSD | 05.1435.01 |
| 26. | Schreiben des Regierungsrates betreffend Rebgasse 1, Sonnensegel auf Allmend des Claraplatzes, Verleihungsbeschluss (Delegation an den Regierungsrat). | BD | 05.1773.01 |
| 27. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Zentrums-Maut zur verbreiterten finanziellen Abstützung von städtischen Zentrumslasten (stehen lassen). | SiD | 03.7730.02 |
| 28. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gabi Mächler und Konsorten für Teilzeitstellen bei den Gerichtspräsidien (stehen lassen). | JD | 03.7620.02 |
| 29. | Abbitte des Herrn Eugen Fischer als Präsident des Appellationsgerichts per 31. Dezember 2006 (auf den Tisch des Hauses). | | 05.8430.01 |
| 30. | Abbitte des Herrn Stephan Breitenmoser als Richter des Appellationsgerichts per 31. Dezember 2006 (auf den Tisch des Hauses). | | 05.8431.01 |
| 31. | Abbitte der Frau Margrith von Felten als Präsidentin des Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) per sofort (auf den Tisch des Hauses). | | 05.8432.01 |
| 32. | Mitteilung des Appellationsgerichts betreffend Eingang der Einsprache der „Zürich“ Lebensversicherungs-Gesellschaft gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 19. Oktober 2005 betreffend Einsprache Gerold Wunderle gegen die Änderung des Bebauungsplans für das Gebiet Messeplatz / Rosentalstrasse / Mattenstrasse (auf den Tisch des Hauses). | | 05.8437.01 |
| 33. | Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Kein Vortritt – statt STOP. | | 05.8303.02 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Planungsanzüge

a) **Planungsanzug betreffend rauchfreie kantonale Gebäude des Kantons Basel-Stadt und Anrecht auf einen Nichtraucherarbeitsplatz in den kantonalen Betrieben**

05.8413.01

Im Politikplan 2006 - 2009 im Politikbereich 4.5 Gesundheit wird erwähnt, dass die physische Gesundheit ein grundlegendes Bedürfnis des Individuums ist. Der Kanton Basel-Stadt will sich intensiv für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit einsetzen. Mit Information, Beratung, Prävention und Gesundheitsförderung will er die Bewohner sensibilisieren und unterstützen. Dabei setzt er auf das persönliche Interesse jedes Einzelnen, das körperliche Wohlbefinden selbstverantwortlich zu pflegen.

Leider muss man sich fragen, was Information, Beratung und Gesundheitsförderung bringen, wenn gewisse Arbeitnehmerinnen den ganzen Tag am Arbeitsplatz dem Rauch ausgesetzt sind. Leider garantiert der Kanton Basel-Stadt seinen Mitarbeitern keinen rauchfreien Arbeitsplatz. In vielen gemeinschaftlich genutzten Räumen wird dieses Thema tabuisiert und leidende Staatsangestellte getrauen sich aus Angst vor negativen Folgen nicht, diese Problematik anzusprechen.

Auch Nichtstaatsangestellte, wie Besucher, Gäste, Gefangene etc. sind in vielen staatlichen Betrieben dem Rauch ausgesetzt. So z.B. sind Besucher des Universitätsspitals (Klinikum 1), welches sich seltsamerweise „Rauchfreies Gesundheitszentrum“ nennt, gezwungen, immer zuerst die unabgetrennte Raucherzone, welche sich auf jedem Stockwerk im Korridor vor den Besucherliften befindet, zu durchqueren.

Im Politikplan werden die Bereiche gesunde Ernährung, Bewegung und die Suchtproblematik (Drogen, Alkohol, Medikamente) erwähnt. Bedauerlicherweise werden die Tabaksucht und der Schutz vor diesem schädlichen Produkt nirgends erwähnt. Im Gegensatz zu anderen Kantonen, Ländern und auch Betrieben, hat der Kanton Basel-Stadt in Bezug auf die hohe Gefährdung des Passivrauchens nichts Nennenswertes unternommen.

Aus gesundheitlichen Überlegungen bitte ich den Regierungsrat, folgende zwei politischen Ziele in den Politikplan aufzunehmen:

- Jeder Staatsangestellter hat das Recht auf einen rauchfreien Arbeitsplatz.
- Mittelfristig sollen alle öffentlich zugänglichen kantonalen Gebäude rauchfrei werden.

Lorenz Nägelin

b) **Planungsanzug Zukunftsplanung der Pensionskasse**

05.8416.01

1. Ausgangslage

Im Politikplan 2006 bis 2009 findet das Problem des Sanierungsbedarfs in der Pensionskasse Basel-Stadt mehrfach Erwähnung. Es ist allen Beteiligten klar, dass diese Lösung schwierig ist und dass durch die heutige Situation ein massives strukturelles Ungleichgewicht zwischen Beiträgen und Leistungen entstanden ist. Im Politikplan fehlen aber Ziele und Handlungsalternativen, mit denen das Problem angegangen werden soll.

2. Vorschlag

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat um Ergänzung im Text, im Politikplan:

Seite 102, Ziele

Die Partner der Pensionskasse (Arbeitgeber, aktive Arbeitnehmer und Rentner) wollen mit gemeinsamen Anstrengungen Einnahmen und Ausgaben der Pensionskasse Basel-Stadt in ein langfristiges Gleichgewicht bringen.

Seite 102, Projekte

Hier erwarten wir vom Regierungsrat, dass er für Beseitigung des strukturellen Defizits sowie für die langfristige Gesundung Leitlinien legt. Welche Prioritäten er dabei setzt, ist Sache des Regierungsrates. Wir können nur mögliche Themen vorlegen und erwarten, dass der Regierungsrat (ähnlich wie kürzlich im Kanton Baselland geschehen), seine langfristigen Prioritäten bekannt gibt. Mögliche Themen sind:

- Korrektur des Verhältnisses zwischen Beiträgen und Leistungen
- Wechsel vom (schwierig zu budgetierenden) Leistungs- auf das (einfacher zu verstehende) Beitragsprimat.
- Verzinsung der heutigen Deckungslücke
- Einfrieren der Leistungsprimatwerte
- Prüfen des Einbezugs der Rentner bei der Sanierung

- Erhöhung der Beiträge Arbeitnehmer
- Erhöhung der Beiträge Arbeitgeber
- Reduktion der Leistungen

Damit konkretisiert der Regierungsrat die Lösung dieser Frage, die für den Kanton von grosser Bedeutung ist und sich auf praktisch alle Aufgabenfelder und die Finanzplanung auswirkt.

Helmut Hersberger, Daniel Stolz, Urs Schweizer, Christine Locher-Hoch, Markus G. Ritter,
Peter Malama, Ernst Mutschler, Giovanni Nanni, Roland Vöggtli, Arthur Marti, Christine Heuss,
Rolf Stürm, Christophe Haller, Christian Egeler, Emmanuel Ullmann

c) Planungsantrag „Langfristiges Energiekonzept“

05.8417.01

Die verschiedenen Vorstösse zur nachhaltigen Energiepolitik in den letzten Wochen im Parlament haben gezeigt, dass das Thema mittel- und langfristige Energieversorgung eine hohe Priorität hat. Diese im Grundsatz meist zu unterstützenden Einzelvorstösse sind aber zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht in eine Gesamtkonzeption eingebaut werden. Eine Durchsicht des 150 Seiten umfassenden Politikplans 2006 - 2009 hat gezeigt, dass der Regierungsrat diesem Thema nur wenig Platz einräumt.

Als politische Ziele werden im Kapitel Versorgung und Entsorgung zwar die „Gewährleistung der Versorgungssicherheit“, das „umweltgerechte und wirtschaftliche Versorgen“ sowie die „Förderung der Nutzung erneuerbarer und emissionsarmer Energien“ aufgelistet.

Im Kapitel Umwelt und Energie wird als politisches Ziel „sparsames und rationelles Nutzen von Energie sowie verstärktes Fördern erneuerbarer Energien“ gesetzt.

Auch im Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005 wird diesem Thema kein Platz eingeräumt.

An verschiedenen Orten werden in beiden Berichten zwar die in den letzten Sitzungen verabschiedeten Projekte (z.B. Holzheizkraftwerk, Deep Heat Mining, 2000-Watt-Gesellschaft) lobend erwähnt.

Was aber fehlt ist eine klare Definition der langfristigen Energieziele und daraus abgeleitet die entsprechenden Massnahmen und deren Kosten.

Wir bitten den Regierungsrat, im Rahmen der Überarbeitung des Politikplans sowie im Rahmen der jährlichen Detailplanung ein Energiekonzept auszuarbeiten, dessen Zusammenfassung im Politikplan Eingang findet. Das Energiekonzept sollte folgende Daten für das Kantonsgebiet bereitstellen:

- Bedarfsentwicklung 2006 bis 2030
- Produktion nach Energieträger
- Eigenproduktion-, Importanteil und Konzeption der Versorgung
- Langfristige Ressourcenplanung
- Einsatz von finanziellen Fördermitteln (Zielsetzungen, Beiträge)

Dieses Konzept soll auch folgende Fragen beantworten:

- Wie gross ist eine allfällige Versorgungslücke?
- Mit welchen Zusatzmassnahmen ist dieser Versorgungslücke zu begegnen?
- Wo machen welche Fördermassnahmen Sinn?
- Was kostet uns das Gesamtpaket an Fördermassnahmen?
- Welche Marktanteile können erneuerbare Energieträger kurz-, mittel- und langfristig abdecken?

Christian Egeler, Helmut Hersberger, Ernst Mutschler, Hanspeter Gass, Emmanuel Ullmann,
Giovanni Nanni, Arthur Marti, Roland Vöggtli, Urs Schweizer, Baschi Dürr, Daniel Stolz, Rolf Stürm,
Christophe Haller, Christine Locher-Hoch, Markus G. Ritter

d) Planungsantrag betreffend Planung in den Quartieren

05.8418.01

Die Gundeldingerzeitung stellt in der Front-Geschichte ihrer Oktoberausgabe die provokative Frage, ob im Politikplan das Gundeli vergessen worden ist.

Ich habe mir darauf hin die Mühe genommen, den Politikplan 2006 bis 2009 entsprechend zu analysieren. Dabei sind Schwerpunkte für die Quartiere St. Johann, Rosental, Matthäus und Horburg (vom Baudepartement neu Basel-Nord genannt) unübersehbar.

Auch die Innerstadtquartiere werden in dieser oder jener Form berücksichtigt.

Wie in der erwähnten Quartierzeitung festgestellt wird, kommt das Gundeldingerquartier nur im Kleingedruckten vor.
Nicht nur für das Gundeldingerquartier, auch für die meisten übrigen Quartiere scheint die künftige Planung kaum zu existieren.

1. In diesen Sinne beantrage ich, den Politikplan entsprechen zu ergänzen.
2. Aus der Sicht des Gundeldingerquartiers müsste überdies das Erstellen der vom ganzen Quartier verlangten Umfahrungsstrasse im Politikplan postuliert werden.
3. Die im Plan enthaltene Entwicklung des Dreispitzareals (Richtplan) muss mit der nötigen Sorgfalt und mit grosser Rücksicht auf die Bevölkerung vorgenommen werden. Derzeit besteht leider der Eindruck, CMS, Hochbauamt und einige berühmte Architekten seien in erster Linie bemüht, ein bewährtes Gewerbe und Industrieareal zu zerstören.
4. Anstelle allzu grosser Euphorie auf dem Dreispitz sind vielmehr die Realisierung des Boulevard Güterstrasse, die bessere Möblierung des Bahnhof-Südausgangs und die Intensivierung der Bebauungspläne Grosspeter und Südpark anzustreben.

Roland Vögtli, Urs Schweizer, Arthur Marti, Emmanuel Ullmann, Giovanni Nanni, Hanspeter Gass, Christine Locher-Hoch, Christine Heuss, Christophe Haller, Daniel Stolz, Hans Rudolf Brodbeck, Christian Egeler, Rolf Stürm, Ernst Mutschler

e) Planungsantrag betreffend Aufgabenfeld 6.4 „Öffentlicher Verkehr“ des Politikplans 2006-2009

05.8422.01

Die politischen Ziele sind wie folgt zu ergänzen:

„Beim Modal Split im Pendlerverkehr wird der Anteil des motorisierten Individualverkehrs signifikant reduziert und anteilmässig zum öffentlichen Verkehr verlagert.“

Begründung:

Die vom Bundesamt für Raumentwicklung veröffentlichten Zahlen der Anteil Pendler nach Verkehrsmitteln zeigen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) für Basel eine starke Zunahme auf über 40% (1970: 32.1%; 1980: 38.6%; 1990: 34.9%; 2000: 40.6%). Dabei sind die Auswirkungen der Nordtangente und die Pendler aus den Nachbarländern noch nicht berücksichtigt und es ist zu befürchten, dass damit der Anteil MIV heute tatsächlich wesentlich höher ist.

Diese Zunahme steht im krassen Gegensatz zu den Zielen der Nachhaltigkeit der Regierung (Bericht zu nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005). Auf Seite 6 dieses Berichtes steht: „Auch bei der Luftqualität und den Treibhaus-Emissionen sind Teilerfolge zu verzeichnen, aber die Verbesserungen werden durch das wachsende Verkehrsvolumen und den erhöhten Energieverbrauch wieder abgeschwächt.“ Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele wird auf Seite 8 die Verminderung der lokalen Emissionen in die Luft aufgeführt.

Damit die Nachhaltigkeitsziele auch umgesetzt werden, ist es deshalb nur folgerichtig diese in den politischen Zielen des Politikplans festzuhalten und dann entsprechend im ÖV-Programm einfließen zu lassen.

Michael Wüthrich, Gabi Mächler, Heidi Mück, Martina Saner, Patrizia Bernasconi, Anita Lachenmeier-Thüring, Beat Jans, Eveline Rommerskirchen, Stephan Maurer, Roland Engeler, Sibel Arslan, Urs Müller, Thomas Grossenbacher, Jörg Vitelli, Andrea Bollinger, Karin Haeberli Leugger, Beatrice Alder Finzen, Dominique König-Lüdin

f) Planungsantrag betreffend Aufgabenfeld 1.5 „Umwelt und Energie“ des Politikplans 2006-2009

05.8423.01

Die politischen Ziele sind wie folgt zu ergänzen:

„Reduktion der Belastung im Bereich nicht ionisierende Strahlen auf Werte die dem vorbeugenden Schutz der öffentlichen Gesundheit dienen“

Die Projekte und Vorhaben sind wie folgt zu ergänzen:

„Ausarbeiten und Umsetzen von kantonalen Zusatzvorschriften für den Betrieb von nicht ionisierende Strahlen verursachenden Emittenten auf im Kantonsbesitz befindlichen Gebäuden und Allmend. Die Zusatzvorschrift kann den Betrieb solcher Emittenten erlauben, allerdings nur unter der Bedingung, dass deren Immissionsbelastung (inklusive der Gesamtbelastung der umliegenden Anlagen) auf 1/10 der heutigen Grenzwerte reduziert wird. Ausgenommene Gebäude sind Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Schulen und Kindergärten.“

Begründung:

Mobiltelefone und andere drahtlose Kommunikationsgeräte gehören heute zum Alltag. Zu deren Betrieb braucht es Sendeanlagen (Basisstationen). Zum vorbeugenden Schutz der öffentlichen Gesundheit wird von der Verbindung

der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH und Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz AefU für die Immissionen von Mobilfunksendeanlagen ein vorläufiger Beurteilungswert von 1mW/m² – entsprechend 0,6 V/m – empfohlen. Dieser Wert ist zehnmal niedriger als die in der Schweiz durch die NIS-Verordnung als Anlagegrenzwert festgelegten 6 V/m und entspricht dem in Salzburg realisierten Modell.

Der Kanton Basel-Stadt ist an die eidgenössischen Grenzwertvorschriften gebunden und bei Bewilligungsverfahren sind diese anzuwenden. Es spricht aber nichts dagegen als Gebäudeeigner oder Allmendbesitzer dem Betreiber zusätzliche Bedingungen zu stellen, wenn dieser an solchen Orten Anlagen betreiben will. Es ist dem Betreiber freigestellt auch andere Standorte zu erwägen. Die Folge solcher Zusatzvorschriften ist beispielsweise, dass nicht im 2. Untergeschoss und nicht überall mit maximaler Empfangsstärke mobil telefoniert werden kann. In Anbetracht des potentiell beträchtlichen Gesundheitsrisikos solcher Anlagen ist aber eine Vorsorge hin zu „sanftem Mobilfunk“ vertretbar.

Michael Wüthrich, Maria Berger-Coenen, Heidi Mück, Martina Saner, Anita Lachenmeier-Thüring, Eveline Rommerskirchen, Urs Joerg, Andrea Bollinger, Sibel Arslan, Urs Müller, Thomas Grossenbacher, örg Vitelli, Karin Haeberli Leugger, Patrizia Bernasconi, Beatrice Alder Finzen, Dominique König-Lüdin

g) Planungsantrag "Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung"

05.8424.01

Im Kapitel 5, auf Seite 69 unter dem Titel "Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung" hat der Regierungsrat nicht definiert, was der Kanton leistungsmässig mit der Universität erreichen will.

Wir schlagen deshalb vor, unter dem Untertitel "Projekte und Vorhaben" nach dem ersten Punkt folgenden zweiten Punkt anzubringen:

Ausarbeitung des Leistungsauftrags mit der Universität Basel

Im zukünftigen Leistungsauftrag ist der Schwerpunkt auf die Qualitätsverbesserungen der Kernwissenschaften zu legen. Wo es möglich ist, sollen Synergiemöglichkeiten mit anderen Universitäten gesucht und genutzt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Universität in den definierten Kernwissenschaften im nationalen Vergleich weiterhin zu den Besten gehört.

Emmanuel Ullmann, Rolf Stürm, Hans Rudolf Brodbeck, Daniel Stolz, Ernst Mutschler, Peter Malama, Markus G. Ritter, Giovanni Nanni, Roland Vögli, Urs Schweizer, Arthur Marti, Christine Locher-Hoch, Christine Heuss

Anzüge

a) Anzug betreffend Übersicht und Massnahmeplanung zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit

05.8419.01

Die Jugendarbeitslosigkeit ist schweizweit und in Basel-Stadt Besorgnis erregend. Sie liegt mit 7.7 Prozent weit über der Gesamterwerbsquote von 4.3 Prozent. Es muss sogar von noch höheren Zahlen ausgegangen werden, da nicht alle Jugendlichen gemeldet und als Arbeitslose erfasst sind. (Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz/Zug/Aargau).

Drei Risikofaktoren reduzieren die Chance der Jugendlichen eine Stelle zu finden:

Nationalität: Ausländische Jugendliche sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos. Sie stammen oft aus bildungsfernen Schichten, das schweizerische Schulsystem allein vermag den Bildungsrückstand nicht zu kompensieren. Zudem erfahren junge Ausländerinnen oft direkte Diskriminierungen, weil die Arbeitgeber trotz guter Schulnoten schweizerische Schülerinnen bevorzugen.

Schulleistungen: Schlechte Schulleistungen erschweren sowohl die Lehrstellensuche wie die Integration in den Arbeitsmarkt.

Berufserfahrung: Trotz guter Schulbildung werden Jugendliche aufgrund mangelnder Berufserfahrung weniger berücksichtigt. Dabei wird vergessen, dass viele junge Erwerbstätige auf dem neusten Bildungsstand und hoch motiviert sind, ihre Fähigkeiten einzubringen.

Entsprechend diesen Risikofaktoren betrifft die Arbeitslosigkeit einerseits 15-19 jährige Jugendliche beim Schulabgang und andererseits die 20 bis ca. 24 jährigen jungen Erwachsenen bei Ausbildungsende. Unterstützende Angebote müssen entsprechend differenziert auf diese unterschiedlichen Situationen eingehen.

Die nicht erfolgte Integration der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Arbeitsmarkt bewirkt eine Mehrbelastung der Sozialwerke, Mehrausgaben im Gesundheitsbereich und künftige Mindereinnahmen bei den Steuern. Neben diesen volkswirtschaftlichen Faktoren führt die Perspektivenlosigkeit der Jugendlichen zur

Vergrößerung der sozioökonomischen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft, zu sozialem Unfrieden und kann bei zunehmender Desintegration und einseitig repressiven Massnahmen zu gewaltvollen Eskalationen wie aktuell in mehreren französischen Grossstädten führen.

Die Anzugstellenden halten die Angebotsüberprüfung, Ergänzung und Koordination von Massnahmen zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit für eine vordringliche politische Aufgabe und bitten den Regierungsrat möglichst bald zu prüfen und zu berichten,

1. ob eine Stelle innerhalb der Departemente beauftragt werden kann, welche eine Übersicht der Angebote für die verschiedenen Zielgruppen erstellt und diese laufend aktualisiert;
2. wie die Steuerung und Koordination der Angebote sichergestellt und initiative Anbieter aus Wirtschaft und privatem Umfeld sinnvoll involviert werden können;
3. welche Lücken aufgrund der erstellten Angebotsübersicht sichtbar werden und welche weiteren Massnahmen sich aufgrund derer aufdrängen;
4. ob Bedarf und Angebot insbesondere im Bereich der niederschweligen, entlöhnten Arbeitsangebote und der Attestlehren aktuell übereinstimmen;
5. ob neben den traditionellen Freizeitangeboten für 14 -18 jährige Jugendliche und jungen Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren eine Tagesbeschäftigungsstruktur zur Verfügung gestellt werden kann;
6. wie ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden können, um bei festgestellten Lücken neue Angebote zu schaffen.

Martina Saner, Gabi Mächler, Roland Engeler, Bernadette Herzog-Bürgler, Philippe Pierre Macherel, Christine Keller, Doris Gysin, Daniel Wunderlin, Fabienne Vulliamoz, Gülsen Oeztürk, Heidi Mück, Anita Lachenmeier-Thüring, Urs Müller, Michael Martig, Tobit Schäfer, Claudia Buess, Bruno Suter, Noëmi Sibold, Martin Lüchinger, Jörg Vitelli, Sibille Benz Hübner, Gisela Traub, Eveline Rommerskirchen, Michael Wüthrich, Beat Jans, Francisca Schiess, Sibylle Schürch, Jan Goepfert, Hermann Amstad, Brigitte Strondl, Anita Heer, Brigitte Hollinger, Talha Ugur Camlibel, Tino Krattiger, Brigitta Gerber

b) Anzug betreffend Joint Venture für Arbeit: auch Wirtschaft muss ein Interesse an neuen Arbeitsplätzen für SozialhilfebezügerInnen haben

05.8420.01

Dass immer mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil sie seit längerer Zeit aus der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, darf nicht einfach hingenommen werden. Abgesehen von den finanziellen Auswirkungen verschlechtert eine lange Sozialhilfeabhängigkeit die körperliche und psychische Gesundheit der betroffenen Menschen nachgewiesenermassen.

Es braucht ein differenziertes Angebot an Arbeitsintegrationsmassnahmen, um auf die unterschiedlichen Ressourcen und Problemstellungen der arbeitslosen SozialhilfebezügerInnen zu reagieren: Beschäftigung/Tagesstruktur, Abklärung, Arbeitstraining, Coaching, Qualifizierung durch Weiterbildung. Solche Programme stossen allerdings auch an Grenzen, weil der Sprung vom 2. in den 1. Arbeitsmarkt zu gross sein kann. Es braucht daher verstärkt Bemühungen, „reale“ Arbeitsplätze in der Wirtschaft für SozialhilfebezügerInnen zu gewinnen. Hier müsste es für Firmen differenzierte Möglichkeiten geben, Arbeitsplätze anzubieten und sich damit als „Arbeitgeber mit sozialer Verantwortung“ zu profilieren.

Wünschenswert sind zum einen Praktikumsstellen als „Arbeit auf Probe“: nach einem befristeten Einsatz in einem realistischen Arbeitsumfeld, bei dem nicht der Lohn im Vordergrund steht, kann der/die SozialhilfebezügerIn Erfahrung sammeln, hoffentlich ein gutes Zeugnis mitnehmen und im besten Fall von dort aus eine andere Stelle im Betrieb antreten, nachdem sich der Arbeitgeber überzeugen konnte, dass jemand gute Leistungen bringt.

Die Möglichkeiten, Teillohnfinanzierungen für leistungsreduzierte SozialhilfebezügerInnen durch die Sozialhilfe zu übernehmen, sollte ebenfalls geprüft werden. Allerdings müssten auch solche Einsatzplätze klar befristet sein, damit keine Dauersubventionierung von Stellen im 1. Arbeitsmarkt durch den Staat resultiert.

Schliesslich gibt es an der Schnittstelle zwischen 1. und 2. Arbeitsmarkt bestimmt auch Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor für niedrig qualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen. Neue Angebote mit hohem PR-Gewinn für die beteiligten Firmen wie beispielsweise ein Päckli-Lieferservice zwischen Innerstadtgeschäften und Parkhäusern schaffen gleichzeitig neue Einsatzplätze für SozialhilfebezügerInnen und damit eine win-win-Situation.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und berichten, welche Schritte unternommen werden können für ein „Joint Venture für Arbeit“, in das privatwirtschaftliche Unternehmungen eingebunden sind mit dem Ziel, eine Palette von Praktikums-, Beschäftigungs- und Arbeitsplätzen im vorgängig beschriebenen Sinn für SozialhilfebezügerInnen zu schaffen.

Gabi Mächler, Martina Saner, Urs Müller, Philippe Pierre Macherel, Sibylle Schürch, Gülsen Oeztürk, Bernadette Herzog-Bürgler, Roland Engeler, Christine Keller, Michael Wüthrich, Eveline Rommerskirchen, Thomas Baerlocher, Patrizia Bernasconi, Brigitta Gerber, Beat Jans, Martin Lüchinger

c) Anzug betreffend Pilotprojekt „Sabbatical“

05.8421.01

Zur Lösung des Problems der Erwerbslosigkeit und steigenden Sozialhilfeabhängigkeit, insbesondere für die Reintegration von Langzeiterwerbslosen ins Erwerbsleben, sind neue, kreative und innovative Ansätze gefragt. Die Einsicht liegt nahe, dass es wahrscheinlich kein „Allerweltsheilmittel“ oder Patentrezept gibt. Einzelne Massnahmen können aber als Puzzleteile eines Ganzen zu einer Verbesserung beitragen. Dabei gilt es, auch ungewohnte Modelle zu prüfen und gegebenenfalls im Sinne eines Pilotprojektes auszuprobieren, um konkrete Erfahrungen auswerten zu können.

Schweden beschreitet seit einiger Zeit neue Wege mit dem sogenannten „Sabbatjahr“. Ein (jedenfalls teilweise) bezahltes Freijahr soll den Arbeitsmarkt durchlässiger machen. Der „Ausstieg auf Zeit“ soll müde gewordenen Arbeitskräften eine Verschnaufpause ermöglichen, während sich gleichzeitig Arbeitslose für die Rückkehr ins Berufsleben qualifizieren können. Gravierende Mehrkosten entstehen dadurch nicht: was man den einen als „Sabbatlohn“ (dort 85% des Arbeitslosengeldes) bezahlt, erspart man sich als Arbeitslosenentschädigung (bzw. allenfalls auch Sozialhilfe) bei den anderen. Der / die „StellvertreterIn“ des Urlaubers am Arbeitsplatz kann sich während seines zwischen drei Monaten und maximal einem Jahr dauernden Einsatzes für die Rückkehr ins Erwerbsleben qualifizieren und sich so bessere Chancen für die Stellensuche schaffen. Weil es dem Urlauber erlaubt ist, sich während des Sabbaticals nicht nur weiterzubilden, sondern auch den Start in eine selbständige Erwerbstätigkeit zu prüfen, kann aus dem „Sprungbrett“ ins Erwerbsleben für den/die StellvertreterIn auch eine dauernde Beschäftigung am Sabbaticalarbeitsplatz werden.

In Schweden verlief der Test in einem Dutzend Probekommunen mit dem oben skizzierten Modell so vielversprechend, dass das Freijahr seit Anfang dieses Jahres allen Arbeitnehmerinnen offen steht. Auch in Basel könnte sich ein Pilotprojekt innerhalb der kantonalen Verwaltung lohnen und wenigstens für einen Teil der Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfänger, u.U z.B auch für junge Schul- oder Studienabgänger oder stellenlose Junglehrerinnen, eine Perspektive bieten. Gleichzeitig könnte Basel-Stadt auf kostengünstige Art und Weise die Motivation seiner Angestellten verbessern und so seine Attraktivität als Arbeitgeber erhöhen.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob in Basel-Stadt ein Pilotprojekt für die Einführung des „Sabbatical“ -Jahres innerhalb der Kantonalen Verwaltung gestartet werden soll.

Christine Keller, Gabi Mächler, Beat Jans, Urs Müller, Philippe Pierre Macherel, Martina Saner, Michael Wüthrich, Hans-Peter Wessels, Patrizia Bernasconi, Sibylle Schürch, Roland Engeler, Claudia Buess, Tobit Schäfer, Martin Lüchinger

d) Anzug betreffend Entlastung der Gemeinde Riehen vom Durchgangsverkehr

05.8425.01

Wegen Strassenbauarbeiten und Tramgeleiserneuerungen der BVB wird es ab 2006 bis voraussichtlich 2015 auf der Riehener Durchgangssachse Lörracherstrasse - Baselstrasse - Aeussere Baselstrasse wiederholt zu grösseren Behinderungen für den Motorfahrzeugverkehr kommen.

Parallel dazu beginnt die Gemeinde Riehen 2006 mit der Sanierung des Grenzacherwegs, der von zahlreichen Automobilisten als Ausweichroute benutzt wird.

Automobilisten und Automobilistinnen aus und ins Wiesental kann die Durchfahrt durch Riehen in den nächsten Jahren deshalb nicht empfohlen werden.

Mit der Regio-S-Bahnlinie 6 steht den Pendlern und Pendlerinnen jedoch eine Alternative zur Verfügung, die in den kommenden Monaten stark an Attraktivität gewinnt. Soeben wurde der Betrieb mit dem neuen Rollmaterial (FURT) aufgenommen. Auf der ganzen Strecke werden neue Haltestellen gebaut, resp. bestehende Stationen erneuert, so u.a. auch mit finanzieller Unterstützung des Kantons der Bahnhof Riehen Dorf und die Station Niederholz. Ab 2007 schliesslich besteht eine direkte Durchbindung vom Wiesental in den Bahnhof SBB.

Die Unterzeichneten bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- mit welchen Massnahmen er in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Lörrach die Automobilisten und Automobilistinnen über die erschwerte Durchfahrt durch Riehen zu informieren gedenkt
- ob er sich dafür einsetzen kann, dass die Signalisation so erstellt wird, dass die aus der Schweiz kommenden Automobilisten unter Umfahrung von Riehen über die neue Autobahnspange A 98 in den deutschen Teil des Wiesentals, resp. die aus dem Wiesental kommenden Autofahrer über diese neue Autobahn in die Schweiz geleitet werden
- mit welchen speziellen Massnahmen (Plakate, Inserate, Gratistag, Schnupperabo etc.) er in Zusammenarbeit mit dem Bahnbetreiber und den Wiesentaler Gemeinden die Bevölkerung auf die stark erhöhte Attraktivität der Regio-S-Bahnlinie 6 aufmerksam zu machen gedenkt.

Roland Engeler, Stephan Maurer, Jörg Vitelli, Christine Locher-Hoch, Rolf von Aarburg, Michael Martig, Matthias Schmutz, Annemarie Pfeifer, Thomas Grossenbacher, Hans Rudolf Lüthi, Sabine Suter, Gülsen Oeztürk, Conradin Cramer

e) Anzug betreffend Einrichtung eines „Tagesbetreuungsrats“

05.8426.01

Seit Anfang 2004 sind das neue Tagesbetreuungsgesetz und die Tagesbetreuungsverordnung in Kraft. Dank diesem Gesetz erhielt die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern die notwendige öffentliche Anerkennung und gesetzliche Verankerung.

Das Tagesbetreuungsgesetz und die entsprechende Verordnung regeln die Organisation und Finanzierung der Tagesbetreuung von Kindern. Für die Kontrolle der Qualität und den sorgfältigen Einsatz der gesprochenen Mittel ist das Erziehungsdepartement zuständig.

Mit der Annahme der neuen Verfassung wird auch das Grundrecht der Eltern auf ein familienergänzendes Tagesbetreuungsangebot für ihre Kinder gewährleistet. Von diesem Grundrecht und vom öffentlichen Interesse aus gesehen, ist die Tagesbetreuung durchaus vergleichbar mit den staatlichen Schulen. Die staatlichen Schulen unterstehen einer demokratischen Kontrolle, welche durch die Inspektionen gewährleistet ist.

Wünschbar und sinnvoll ist eine ähnliche Einrichtung für die Tagesbetreuung. Ein solches Gremium wäre einerseits Ansprechpartner für Eltern bei grundsätzlichen Fragen zur Tagesbetreuung von Kindern. Andererseits könnte es auch als Kontakt- und Anlaufstelle für Anliegen der Institutionen der Tagesbetreuung fungieren. Ein weiterer Aufgabenbereich für eine derartige Kommission wäre die konstruktive Begleitung der Umsetzung des neuen Tagesbetreuungsgesetzes u.a. in den Bereichen Elternbeiträge, Warteliste, Veränderungen in der Qualität der Betreuung, Organisationsstrukturen etc. Ebenso könnte diese Kommission Lobbyarbeit für die Tagesbetreuung im weitesten Sinne leisten und die Umsetzung des verfassungsmässigen Rechts auf einen Tagesbetreuungsplatz gewährleisten.

Mit der Schaffung dieses Gremiums für die Tagesbetreuung soll nicht in erster Linie eine kontrollierende „Inspektion“ aufgebaut werden, sondern eine Kommission, die zur Unterstützung und demokratischen Absicherung aller Beteiligten dient. Aus diesem Grund soll ein solches Gremium auch „Tagesbetreuungsrat“ genannt werden.

Die Strukturen und die mögliche Zusammensetzung eines Tagesbetreuungsrates könnten sich beispielsweise an denjenigen der Schulinspektionen oder auch des Frauenrates orientieren. Der Tagesbetreuungsrat könnte also nach Parteienproporz oder nach Fachwissen zusammengesetzt werden. Sowohl bei den Inspektionen als auch beim Frauenrat werden die Mitglieder vom Regierungsrat gewählt, was auch für die Mitglieder des Tagesbetreuungsrates sinnvoll wäre.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob die Einrichtung eines Tagesbetreuungsrates mit den oben beschriebenen Aufgaben möglich wäre und welche Strukturen für einen Tagesbetreuungsrat sinnvoll wären.

Heidi Mück, Markus Benz, Doris Gysin, Sibel Arslan, Gülsen Oeztürk, Anita Lachenmeier-Thüring, Roland Engeler, Hermann Amstad, Katharina Herzog, Martina Saner, Hans Baumgartner, Patrizia Bernasconi, Karin Haeblerli Leugger, Brigitte Hollinger, Urs Müller, Michael Wüthrich

f) Anzug betreffend Erweiterung der Stellvertretungsmöglichkeiten in Grossratskommissionen

05.8427.01

Neue Grossratsmitglieder stellen bald einmal fest, dass der Arbeit in den Kommissionen des Grossen Rates, insbesondere in den ständigen vorbereitenden Sachkommissionen, sehr hohe Bedeutung zukommt. Die Mitwirkung in einer Kommission ist unerlässlich für eine aktive Teilnahme am Ratsgeschehen. Das Arbeitsvolumen, das die einzelnen Kommissionsmitglieder zu bewältigen haben, steigt, es muss immer mehr Zeit und Energie für die Kommissionsarbeit eingesetzt werden. In unserem Milizsystem stellt dies manche Parlamentarier und Parlamentarierinnen immer wieder vor Probleme, da auch die Anforderungen am Arbeitsplatz steigen und sich Job und zeitaufwändige Parlaments- und Kommissionsarbeit nicht immer leicht vereinbaren lassen. Die künftige Verkleinerung des Grossen Rates bei Annahme der neuen Kantonsverfassung wird die Arbeitsbelastung der einzelnen Ratsmitglieder voraussichtlich noch mehr anwachsen lassen. Vor diesem Hintergrund ist es gerechtfertigt, Möglichkeiten der Entlastung zu prüfen. In diesem Zusammenhang drängt sich erneut die Prüfung einer Erweiterung der Stellvertretungsmöglichkeit für Kommissionsmitglieder durch andere Mitglieder ihrer Fraktion auf. Anlässlich eines Treffens mit Mitgliedern der SP-Fraktion des Baselbieter Landrats konnte ich feststellen, dass im Kanton Basel-Landschaft das Prinzip der Ernennung von ständigen Stellvertreterinnen oder Stellvertretern der Kommissionsmitglieder durch die Fraktionen gilt. (§ 25 des Dekrets über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrats sieht pro Fraktion und Kommission je eine Stellvertretung vor). Dieses System hat sich im Landrat sehr bewährt. Die Stellvertretungslösung des Landrats bietet einem weiteren Fraktionsmitglied die Gelegenheit, sich - zumindest über die Verteilung von Protokollen und speziellen Unterlagen - vertieft mit den jeweiligen Geschäften auseinander zu setzen. Auch auf Bundesebene ist die Stellvertretung gewährleistet: Im Nationalrat ist eine Stellvertretung eines Kommissionsmitglieds durch ein anderes Fraktionsmitglied jederzeit möglich. Basel-Stadt ist davon weit entfernt. Die heute geltende Geschäftsordnung des Grossen Rates sieht in § 56 a eine Stellvertretung von Kommissionsmitgliedern nur unter sehr restriktiven Bedingungen vor, nämlich einzig bei persönlicher oder beruflicher Verhinderung eines Mitglieds von mehr als zwei Monaten. Angesichts der Bedeutung der

Kommissionsarbeit wäre es wünschenswert, wenn auch bei kürzerer, in unserem Milizsystem oft unvermeidbarer Verhinderung Mitglieder die Möglichkeit erhielten, sich vertreten zu lassen. Als weiteres Argument kommt hinzu, dass das Themenspektrum in den Kommissionen sehr breit ist; ein einzelnes Mitglied kann nie alles abdecken. Manchmal findet sich in der Fraktion ein Kollege oder eine Kollegin, die in einem Thema spezifisch bewandert sind. Solche Expertise könnte durch eine Stellvertretungsmöglichkeit von Fall zu Fall genutzt werden, was der Effizienz der Kommissionsarbeit und des Parlaments nur zugute käme.

Ich bitte daher das Büro des Grossen Rates, zu prüfen und zu berichten,

- ob und wie die Stellvertretungsmöglichkeiten (ständige oder ad hoc-Stellvertretung) für Kommissionsmitglieder durch andere Mitglieder ihrer Fraktion erweitert werden können.

Andrea Bollinger, Brigitte Strondl, Helen Schai-Zigerlig, Lukas Labhardt, Brigitte Hollinger, Ruth Widmer, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Talha Ugur Camlibel, Hans-Peter Wessels, Claudia Buess, Fabienne Vulliamoz, Karin Haerberli Leugger, Anita Lachenmeier-Thüring, Christine Keller

g) Anzug betreffend Förderung von grossem Wohnraum

05.8428.01

Zu den Aufgaben der staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten gehört u.a. die Begutachtung von Wohnobjekten

- a) bei der bewilligungspflichtigen Benützung von Wohnungen zu anderen als Wohnzwecken sowie
- b) bei vollständigem oder teilweiseem Abbruch von Häusern, die vorwiegend Wohnzwecken dienen.

(vgl. Gesetz und Verordnung über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern vom 20. November 1975).

Dieses Gesetz wurde zu einem Zeitpunkt erlassen, als der Kanton die höchste Bevölkerungszahl seiner Geschichte zu verzeichnen hatte. Entsprechend wichtig war der Erhalt von - insbesondere preisgünstigem - Wohnraum (vgl. oben erwähntes Gesetz, Einleitungssatz).

Heute hat sich die Situation jedoch wesentlich geändert: Die Bevölkerungszahl ging zurück, gleichzeitig stieg die Anzahl Wohnungen seit 1970 um über 10 % auf 104'399 Wohnungen. Mit dem Ziel, preisgünstigen Wohnraum zu erhalten, erschwert das Gesetz jedoch die Schaffung von grosszügigen (und teureren) Wohnungen für Familien und gute Steuerzahler. Deshalb verwundert es nicht, dass die Anzahl Wohnungen mit 6 Zimmern und mehr seit 1970 um 235 Einheiten auf 5'388 Wohnungen abgenommen hat (Quelle: www.statistik-bs.ch). Auch wird Investoren die Möglichkeit erschwert, statt Wohnhäusern Geschäftsräumlichkeiten zu bauen. Dies kann im schlimmsten Fall zur Abwanderung der Unternehmungen aus dem Kanton führen.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten zu prüfen und zu berichten,

- ob das Gesetz und die Verordnung über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern vom 20. November 1975 angesichts sinkender Bevölkerungszahl noch zeitgemäss ist;
- ob Massnahmen ergriffen werden können, um die Schaffung von grossem Wohnraum zu fördern.

Emmanuel Ullmann, Rolf Stürm, Giovanni Nanni, Roland Vögtli, Arthur Marti, Urs Schweizer, Michel Remo Lussana, Christine Locher-Hoch, Stephan Gassmann, André Weissen, Dieter Stohrer, Peter Zinkernagel, Markus G. Ritter, Christian Egeler, Joël Thüring, Daniel Stolz, Lukas Engelberger, Felix W. Eymann, Christine Heuss, Conradin Cramer, Sebastian Frehner